motra
Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung

Spotlight No. 5

Universität Hamburg: März 2023

Einstellungen zu Klimaschutzmaßnahmen und klimabezogenen Protesten

In Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA) führt das Institut für Kriminologie (Fakultät für Rechtswissenschaft der UHH) seit November 2022 unter der Bezeichnung *„Menschen in Deutschland: International"* (MiDInt) im Abstand von zwei bis drei Monaten Umfragen bei nach Alter, Geschlecht, Bildung und regionaler Herkunft geschichteten, repräsentativen Stichproben von jeweils etwa 2 500 erwachsenen Personen durch (vgl. https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11564). Thema der ersten Welle von MiDInt im November 2022 waren unter anderem Sorgen der Befragten mit Blick auf den Klimawandel und Meinungen zu der damals stattfindenden Weltklimakonferenz (vgl. dazu MOTRA-Spotlight 01/23: https://doi.org/10.57671/motra-2023001). In der zweiten Welle, im Februar 2023, wurden neben Besorgnissen wegen des Klimawandels auch Ansichten zu spezifischen Maßnahmen zum Klimaschutz erhoben (für Erhebungsinstrument und Stichprobe vgl. https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11836)

Die Verbreitung von Besorgnissen wegen des Klimawandels

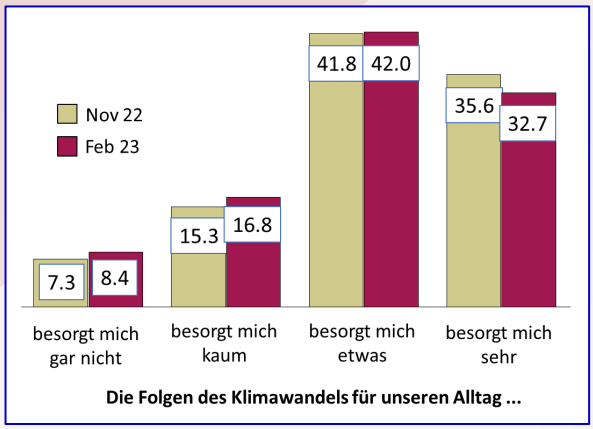


Abbildung 1: Sorgen wegen des Klimawandels (in %)

Der Anteil derer, die sich wegen des Klimawandels keine oder kaum Sorgen machen, hat sich im Februar 2023 geringfügig erhöht (von 22.6% auf 25.2%). 32.7% äußerten im Februar 2023 große Sorgen wegen möglicher Folgen des Klimawandels, drei Monate zuvor waren es noch 35.6%.

Im Februar 2023 machten sich damit insgesamt etwa drei Viertel der Befragten (74.7%) Sorgen wegen der Auswirkungen des Klimawandels. Dieser Anteil unterscheidet sich von dem im November 2022 (77.4%) kaum. Nach wie vor sind somit der Klimawandel und dessen Folgen im Bewusstsein der Bevölkerung präsent.

Meinungen der Bevölkerung zu spezifischen Maßnahmen zur Beschränkung der Klimafolgen

Erhoben wurde im Februar 2022 erstmals auch, inwieweit die Befragten aktuell debattierte, teilweise recht drastische Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels befürworten. Eine große Mehrheit von zwei Drittel (68.3%) sprach sich für ein aus Steuermitteln finanziertes 9-Euro-Ticket aus. Die anderen Maßnahmen wurden jedoch mehrheitlich eher abgelehnt. Eine relativ hohe Zustimmung - knapp unter 50% - findet sich noch für ein Verbot von Inlandsflügen (47.2%).

Maßnahmen zur Einschränkung des Kfz-Verkehrs, wurden recht unterschiedlich bewertet: Während 43.2% ein Tempolimit von 100 km/h auf Autobahnen befürworteten, tragen nur 22.4% eine Zulassungsbeschränkung für Verbrennungsmotoren ab 2030 mit. Die Enteignung ungenutzter landwirtschaftlicher Flächen für den Bau von Windkraftanlagen befürworteten 41.4%. Nur ein Viertel (24.4%) spricht sich für eine drastische Besteuerung von Fleischprodukten aus.

*Tabelle 1: Ablehnung und Befürwortung von Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels (in %)*N

	lehne ich völlig ab	lehne ich eher ab	befürworte ich eher	befürworte ich völlig
Die Einführung eines Tempolimits von 100 km/h auf Autobahnen ...	33.1	23.6	23.9	19.3
Die dauerhafte Einführung des 9 Euro Tickets, finanziert aus Steuermitteln, ...	13.0	18.6	33.4	34.9
Dass ab 2030 in Deutschland nur noch E-Autos im Straßenverkehr zugelassen sind, ...	51.3	26.4	14.8	7.6
Die Enteignung ungenutzter landwirtschaftlicher Flächen für den Bau von Windkraftanlagen ...	30.7	27.9	29.9	11.5
Eine Zusatzsteuer auf Fleischprodukte, die den Preis verdoppelt, ...	49.8	25.8	15.1	9.3
Ein Verbot von Inlandsflügen ...	24.1	28.7	29.3	17.9

Soziodemografische Verteilung der Befürwortung von Maßnahmen zur Beschränkung der Klimafolgen

Betrachtet man die Befürwortung der Maßnahmen in Abhängigkeit vom **Alter der Befragten**, zeigt sich, dass das Verbot von Inlandsflügen von allen Altersgruppen gleichermaßen bejaht wird. Das 9-Euro-Ticket wird von den jüngeren stärker favorisiert als von älteren Befragten, wohingegen ein Tempolimit von 100 km/h von Älteren stärker befürwortet wird. Deutlichere Unterschiede zwischen unter 40-Jährigen und den älteren Befragten bestehen bezüglich der Enteignung ungenutzter Flächen für den Bau von Windkraftanlagen und besonders mit Blick auf die Zulassungsbeschränkung von PKWs sowie die Erhöhung der Fleischpreise. Demnach scheinen jüngere Befragte eher offen für drastischere Maßnahmen und dazu bereit zu sein, für die Eindämmung des Klimawandels auf Fleisch zu verzichten bzw. ihre Ernährung umzustellen.

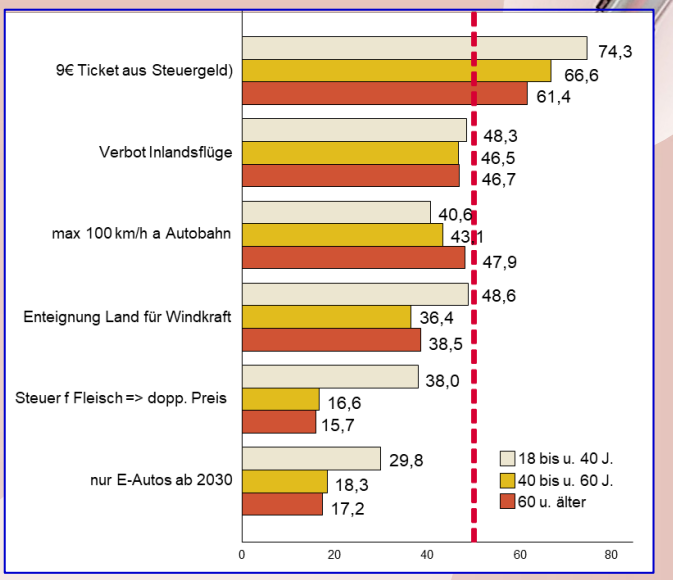


Abbildung 2: Befürwortung von Maßnahmen (in %)

Dies bestätigt Ergebnisse der JuMiD-Studie: 36% der dort befragten 16-21-Jährigen gaben an, ihre Ernährung „auf jeden Fall“ deshalb umstellen zu wollen (vgl. https://www.jumid.uni-hamburg.de/ergebnisse.html).

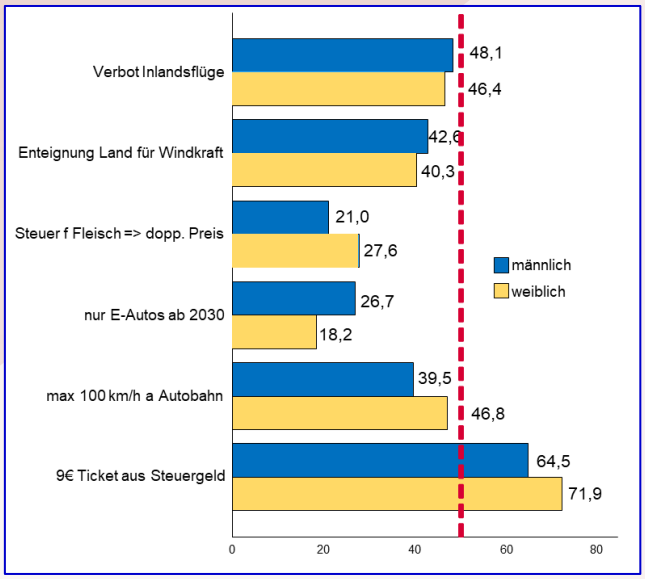


Abbildung 3: Befürwortung von Maßnahmen (in %) nach Geschlecht

Die Einführung eines aus Steuermitteln finanzierten 9-Euro-Tickets trifft bei Männern (64.5%) und Frauen (71.9%) überwiegend auf Zustimmung. Kaum Unterschiede zwischen **Männern und Frauen** finden sich für die Befürwortung eines Verbots von Inlandsflügen und der Enteignung ungenutzter landwirtschaftlicher Flächen zum Bau von Windkraftanlagen. Mit Blick auf einige Maßnahmen scheinen sich jedoch traditionelle Geschlechtsrollenklischees zu bestätigen: Männer wollen offenbar - in stärkerem Maße als Frauen - Fleisch essen sowie moderne und schnelle Autos fahren: So werden eine Fleischsteuer (21.0%) und das Tempolimit von 100 km/h (39.5%) von Männern seltener befürwortet als von Frauen (27.6% und 46.8%). Dagegen stimmen Männer mit 26.7% eher einer ausschließlichen Zulassung von Elektroautos ab 2030 zu, als Frauen (18.2%).

Deutliche Unterschiede in der Rate der Befürwortung dieser Maßnahmen finden sich auch hinsichtlich der **Parteipräferenz (Sonntagsfrage)**. Mit Ausnahme der ausschließlichen Zulassung von Elektroaustos ab 2030 befürwortet eine große Mehrheit der Wähler von Bündnis90/Die Grünen alle hier erhobenen Maßnahmen. Wähler der Linken bejahen diese gleichfalls eher als andere. Zum steuerfinanzierten 9-Euro-Ticket ist die Zustimmung hier sogar etwas höher (84.9%) als bei Wählern von B 90/ Die Grünen (80.2%). Die AfD-Wähler stimmen allen Maßnahmen weniger zu als der Durchschnitt.

Tabelle 2: Befürwortung von Maßnahmen (in %) nach Parteipräferenzen

	CDU/ CSU	SPD	B90/ Grüne	FDP	Linke	AfD	sonst.	Nicht-wähler
Die Einführung eines Tempolimits von 100 km/h auf Autobahnen …	37.3	**55.6**	**66.9**	28.3	**57.2**	22.0	36.7	40.4
Die dauerhafte Einführung des 9 Euro Tickets, finanziert aus Steuermitteln, …	59.6	71.8	**80.2**	55.8	**84.9**	56.1	68.3	**72.7**
Dass ab 2030 in Deutschland nur noch E-Autos im Straßenverkehr zugelassen sind, …	17.4	**30.3**	**47.5**	14.5	**30.2**	7.9	11.7	16.1
Die Enteignung ungenutzter landwirtschaftlicher Flächen für den Bau von Windkraftanlagen …	39.0	**51.5**	**64.2**	37.7	**54.1**	19.3	35.0	33.7
Eine Zusatzsteuer auf Fleischprodukte, die den Preis verdoppelt, …	18.1	24.8	**56.3**	21.7	**39.0**	8.2	28.3	15.1
Ein Verbot von Inlandsflügen …	36.8	**55.4**	**66.1**	37.0	**58.5**	35.1	51.7	44.4

*Anmerkung: überdurchschnittlich = **fett**, unterdurchschnittlich = unterstrichen*

Unterschiede zwischen **West- und Ostdeutschland** fanden sich nur hinsichtlich der Zulassungsbeschränkungen für Verbrennermotoren: Hier ist die Zustimmung in Ostdeutschland (26.7%) etwas höher als in Westdeutschland (21.3%).

Allerdings zeigt sich für alle Maßnahmen - mit Ausnahme des Verbots von Inlandsflügen - ein recht ausgeprägtes **Stadt-Land Gefälle**: Befragte aus Orten mit weniger als 50 Tausend Einwohnern, stimmen den Maßnahmen deutlich seltener zu als jene, die in Großstädten leben. Die Unterschiede in den Zustimmungsraten liegen zwischen 10 und 18 Prozentpunkten. Die Differenz ist am größten bei Zulassungsbeschränkungen für Verbrennermotoren.

Tabelle 3: Befürwortung von Maßnahmen (in %)

	< 50 Tsd. Einwohner	50 - 100 Tsd. Einwohner	100 - 500 Tsd. Einwohner	> 500 Tsd. Einwohner
Die Einführung eines Tempolimits von 100 km/h auf Autobahnen ...	39.0	44.1	48.5	49.1
Die dauerhafte Einführung des 9 Euro Tickets, finanziert aus Steuermitteln, ...	62.1	69.6	73.3	79.3
Dass ab 2030 in Deutschland nur noch E-Autos im Straßenverkehr zugelassen sind, ...	15.9	23.0	27.6	34.3
Die Enteignung ungenutzter landwirtschaftlicher Flächen für den Bau von Windkraftanlagen ...	35.2	44.0	46.0	51.7
Eine Zusatzsteuer auf Fleischprodukte, die den Preis verdoppelt, ...	19.0	26.5	30.6	31.1
Ein Verbot von Inlandsflügen ...	46.9	50.3	48.8	44.2

Klimawandel, Klimaschutz, Protest und ziviler Ungehorsam

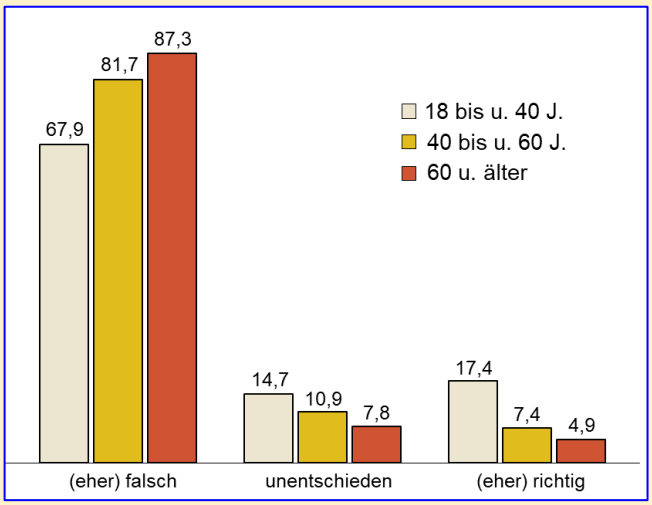
Abseits der Maßnahmen zur Beschränkung von Klimafolgen wurden die Befragten gebeten, zwei spezifische Formen von Protest auf einer Skala von -3 bis +3 als „falsch“ oder „richtig“ zu bewerten. Dabei ging es um die *Blockade des Straßenverkehrs, „um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fordern“* und um das *Festketten an einem Baum, „um ein Bauvorhaben zu verhindern“*. Beide Formen des Protestes werden von den Befragten überwiegend abgelehnt. 66.0% bzw. 51.7% halten solche Aktionen für „völlig falsch“.

Tabelle 4: Verteilung der Angaben zu Protestformen (in %)

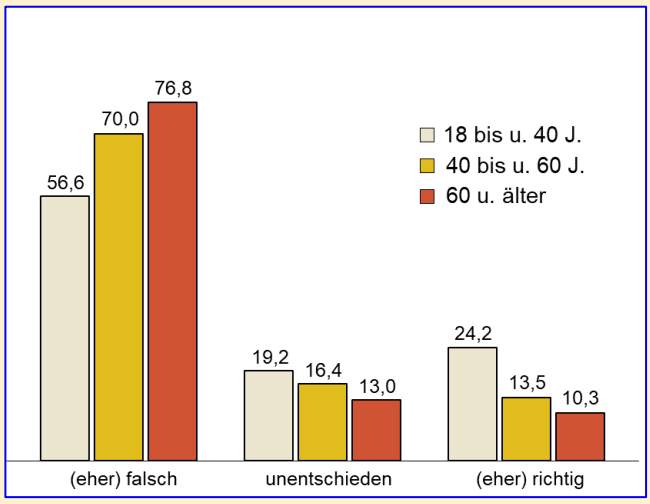
	so etwas finde ich ...						
	völlig falsch						völlig richtig
Den Straßenverkehr blockieren, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fordern.	66.0	7.1	4.6	11.6	5.3	3.2	2.1
Sich an einem Baum festketten, um ein Bauvorhaben zu verhindern.	51.7	8.3	6.5	16.7	7.8	5.6	3.4

Fasst man die links bzw. rechts von der Mittelkategorie gemachten Angaben zusammen, halten 77.7% die Blockade von Straßen für völlig oder eher falsch, 10.6% finden eine solche Maßnahme völlig oder eher richtig. Das Anketten an einen Baum lehnen 66.5% ab, 16.8% finden dies „völlig“ oder „eher“ richtig.

Auch hier zeigen sich Zusammenhänge mit dem Alter: Je jünger die Befragten, desto häufiger werden diese Formen des Protestes für richtig erachtet. So halten 17.4% der unter 40-Jährigen eine Blockade des Straßenverkehrs für richtig, aber nur 7.4% der 40- u. 60-Jährigen und 4.9% der ältesten Gruppe ab 60 Jahre.



Blockade des Straßenverkehrs



Anketten an einen Baum

Abbildung 4: Bewertung von zivilem Ungehorsam bei Protesten wegen Klimaschutz nach Alter (in %)

Das Anketten an einen Baum findet ebenfalls in der jüngsten Altersgruppe die höchste Akzeptanz (24.2% finden das (eher) richtig). Bei den 40- u. 60-Jährigen sind dies 13.5% und bei denen, die 60 J. und älter sind nur 10.3%. Geschlechtsunterschiede zeigen sich insoweit nicht.

Besorgnis bezüglich der Folgen des Klimawandels und Befürwortung von Maßnahmen

Ein eindeutiger Zusammenhang besteht auch zwischen den Sorgen wegen der Folgen des Klimawandels und der Befürwortung der solcher Maßnahmen. Besonders deutlich ist dies bei der Befürwortung eines Tempolimits von 100 Km/h (besorgt: 50.2%, nicht besorgt: 22.9%) und bei der Akzeptanz von Zulassungsbeschränkungen für PKW (besorgt: 26.6%, nicht besorgt: 9.8%) zu erkennen. Ähnliches findet sich die positive Bewertung einer Beschränkung des Fleischkonsums mittels drastischer Besteuerung (besorgt: 28.8%, nicht besorgt: 11.5%). Auch für die anderen Maßnahmen gilt, dass Sorgen wegen der Folgen des Klimawandels die Zustimmungsraten zu den hier thematisierten Maßnahmen deutlich erhöhen.

Gruppierung der Befragten nach Zustimmung zu spezifischen Klimaschutzmaßnahmen

Auf Basis der Kombinationen ihrer Zustimmung zu bzw. Ablehnung von Maßnahmen zur Reduzierung der Folgen des Klimawandels, wurden die Befragten mittels einer Latenten Klassenanlyse verschiedenen Gruppen zugeordnet. Diesen wurden inhaltlich passende, die jeweiligen Haltungen beschreibende Namen gegeben.

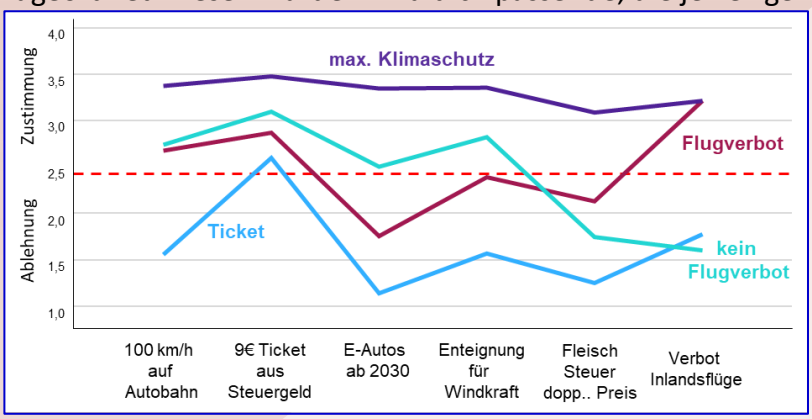


Abbildung 5: Gruppierungen nach Art der Maßnahmenakzeptanz

Die Gruppe ***„Ticket“*** umfasst Personen, die ausschließlich das 9-Euro-Ticket befürworten, alle anderen Maßnahmen hingegen ablehnen. Dieser Gruppe gehören 47.9% der Befragten an. Der Anteil der wegen des Klimawandels Besorgten ist in dieser Gruppe mit 62.7% am geringsten. Gleiches gilt für den Anteil junger Befragter (32.4%) und solcher mit Abitur (29.9%). Über die Hälfte dieser Gruppe (55.9%) lebt in ländlichen Regionen.

Im Gegensatz dazu befürworten die Befragten der Gruppe ***„max. Klimaschutz“*** alle hier thematisierten Maßnahmen. Dieser Gruppe gehören 10.6% aller Befragten an. Fast alle (93.0%) haben sich besorgt über den Klimawandel geäußert. Über die Hälfte (56.6%) ist unter 40 Jahre alt und hat einen hohen Bildungsabschluss (54.3%). Zugleich ist der Anteil der Bewohner ländlicher Gebiete mit 31.1% hier am kleinsten.

Die beiden anderen Gruppen unterscheiden sich vor allen in der Einstellung zum Verbot von Inlandsflügen: Die Gruppe ***„Flugverbot“*** (30% der Befragten) befürwortet dies recht deutlich, die Gruppe ***„kein Flugverbot“*** (11.5% der Befragten) lehnt das fast völlig ab. Bezogen auf die anderen Maßnahmen sind sich beide Gruppen recht ähnlich: Beide befürworten eher ein Tempolimit und ein 9-Euro-Ticket, lehnen eine Fleischsteuer aber ab. In soziodemografischer Sicht unterscheiden sich beide vor allem durch den Anteil der in ländlichen Regionen Lebenden.

Tabelle 5: Merkmale der Gruppen der Maßnahmenakzeptanz (in %)

Anteil	Ticket	Flugverbot	kein Flugverbot	max. Klimaschutz
Anteil der Befragten	47.9%	30.0%	11.5%	10.6%
wegen Klimawandel besorgt	62.7	**84.0**	**84.2**	**93.0**
18 bis unter 40 Jahre	32.4	37.2	40.5	**56.6**
männlich	49.4	44.9	46.6	**58.5**
Abitur	29.9	35.4	40.5	**54.3**
Wohnort < 50 Tsd. Einwohner	**55.9**	49.2	39.8	31.1

*Anmerkung: überdurchschnittlich = **fett**, unterdurchschnittlich=unterstrichen*

Insgesamt erweist sich, dass die weit überwiegende Mehrheit der Befragten wegen des Klimawandels besorgt ist und diesen als persönliche Bedrohung wahrnimmt. Dies gilt vor allem für junge und gut gebildete Menschen. Die thematisierten drastischen Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels treffen - abseits der Verbilligung des ÖPNV - jedoch bei weniger als der Hälfte auf Zustimmung. Erstaunlich hoch ist jedoch die Befürwortung einer deutlichen Tempobeschränkung auf Autobahnen. Ein härteres Limit (100 km/h) als die aktuell diskutierten 130 km/h wurde von immerin 43% befürwortet. Gleiches gilt für das Verbot von Inlandsflügen: Hier verfehlte die Zustimmungsrate (47.2%) nur knapp die 50% Marke. Das erkennbare Stadt-Land-Gefälle der Problemwahrnehmung und der Akzeptanz von Klimaschutz sowie die deutlichen Bildungsunterschiede zeigen sowohl Bedarfe als auch Zielrichtungen für Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit auf.

Weitere Informationen zur Studie „Menschen in Deutschland: International“ und deren Ergebnissen sind online unter https://www.mid.uni-hamburg.de/mid-international/midint/midint-startseite.html **verfügbar.**